

# **Fußtritt für Unterwürfigkeit**

Von Elke und Gundolf Fuchs

Der Vorstand des Ahnenstättenvereins hat sich auf unverschämte Angriffe von außen mit dem Ansinnen, von „Ludendorff“ abzurücken, ja sich sogar für die zuvor eingenommene Haltung zu rechtfertigen, zu Kompromissen gegenüber den Forderungen eines Pastors und der Huder Gemeinde verleiten lassen.

1. Der Vorstand erklärte, daß man sich nur der „reinen“ Gotterkenntnis – was immer man darunter verstehen soll – verbunden fühle, aber die von den Gegnern als rassistisch und antisemitisch bezeichneten Teile scharf ablehne. Eine Überprüfung des „Verbundenfühlers“ mit der Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs, eine satzungsgemäße Voraussetzung für die Mitgliedschaft, wurde darüber hinaus als Gesinnungsschnüffelei abgelehnt, ohne die Frage zu beantworten, wie dann die Beachtung der Satzung gewährleistet werden soll.

2. Der Vorstand stimmte zu, daß die Gedenksteine für Erich und Mathilde Ludendorff - diese beiden Persönlichkeiten wurden in der veröffentlichten Meinung in verunglimpfender Weise als die größten Antisemiten des Jahrhunderts bezeichnet – zugepflanzt wurden. Der Wunsch des Bürgermeisters war sogar, die Steine ganz zu entfernen.

3. Der Vorstand setzte sich scharf vom Bund für Gotterkenntnis ab, indem er dessen Beurteilung: „rassistisch, antipluralistisch und antisemitisch,“ durch dieselben politischen Kräfte übernahm, die jahrzehntelang auch den Ahnenstättenverein mit denselben Beschuldigungen angegriffen hatten. Ja es wurde sogar ein vom AV-Vorstand voll mitgetragener Mitgliederbeschluß gefaßt, mit dem BfG-Mitglieder im AV als Mitglieder zweiter Klasse definiert wurden, die im AV keine Ämter bekleiden dürfen.

Diese Tatsachen seien der Behandlung eines neuerlichen Hetzartikels im Weserkurier vom 16. Februar 2005, S. 4, vorangestellt.

Unter der Überschrift „Hakenkreuze für die Ewigkeit – Auf ‚Ahnenstätten‘ in Hilligenloh und Conneforde begraben auch rechte Neuheiden ihre Toten“ wird in abträglicher Weise über eine Beerdigungsart und der Gebrauch von Symbolen hergezogen. Dabei hat die Kriminalpolizei oder Staatsanwaltschaft, die von antideutschen Fanatikern auf die Ahnenstätte zitiert worden war, eindeutig erklärt, daß dort keine verbotenen Zeichen zu finden seien. Die wahrscheinlich selbstverhetzte Verfasserin des neuerlichen Hetzartikels merkt offensichtlich gar nicht,

daß sie mit ihrer Polemik gegen den Geist des Artikels 4 GG verstößt. So wird beanstandet: „In Hilligenloh ersetzen altgermanische Runen andernorts übliche Symbole. Von den Nazis populär gemachte ‚Lebens- und Todesrunen‘ verweisen auf Geburts- und Todesjahr.“ Wenn die Nationalsozialisten altgermanisches Kulturgut wieder zum Bewußtsein brachten, sollte das doch von einem Demokraten am wenigsten beanstandet werden. Einmal wird dieses Kulturgut nicht dadurch „nazi-stisch“, daß es zweitausend Jahre später von einer politischen Richtung für eigene Zwecke benutzt wird. Zum anderen wurde dieses Kulturgut unter der Gewaltherrschaft der mittelalterlichen Kirche verdammt, und deren Vorgehen gegen Andersdenkende widersprach doch in höchstem Maße den heute so vollmundig gepriesenen, aber leider – wie der Weser-Kurier Beitrag gerade wieder zeigt – wenig beachteten Freiheits- und Menschenrechten. Und noch eine Frage: Wieviel bisher unübliche Zeichen und Begriffe sind denn mit der anglophilen Sprachverhuzung und durch den Islam hier eingeführt worden. Die Kritik hat also nur Sinn, wenn es verpönt oder verboten sein soll, „unübliche“ deutsche Zeichen zu verwenden.

Weiterhin wird das „Swastikakreuz, ein Hakenkreuz mit gebogenen Ecken, oder die Wolfsangel von den Nazis als Symbol der Wehrhaftigkeit verwendet“ unter verbotene Zeichen eingeordnet.

Erstens handelt es sich ausdrücklich nicht um verbotene Zeichen, wie oben schon dargelegte. Zweitens zeigte sich das Starre und Undeutsche des Nationalsozialismus gerade daran, daß aus dem Symbol des Sonnenrades ein kabbalistischen Zeichen ähnliches geometrisches Gebilde wurde. Und drittens haben die Antifa-Leute anscheinend die Zeit verschlafen, denn gerade heute gibt sich die Supermacht USA sehr kämpferisch und fordert auch von uns Deutschen die Bereitschaft zur Wehrhaftigkeit, allerdings nicht für die Volksverteidigung, aber für das als Kampf gegen den Terror bezeichnete Streben nach der scheindemokratischen „Einwelt“. Die Völkerauflösung, die notwendige Voraussetzung für die „Eine Welt“, will die Antifa ja mit Macht vorantreiben. Über das Gesicht der Einen Welt könnte es natürlich Sektenstreite geben. Aber genau wie im Bolschewismus die oberen Parteigrößen nicht der kommunistische Gleichheit unterworfen wurden, wird es auch in einem künftigen Weltzwangsstaat, selbst wenn er unter der Fahne des „Antikapitalismus“ errichtet würde, eine herausgehobene Herrenschicht geben.

Abgefeimt heuchlerisch wird dann in folgenden Sätzen versucht, Lüdendorff als einen noch schlimmeren Antisemiten als Hitler darzu-

stellen. Es heißt: „Zwei besonders große Findlinge rechts und links neben dem Eingangstor sind Mathilde Ludendorff und ihrem Mann Erich gewidmet. In Stein gemeißelt wird sie als ‚Schöpferin‘, er als ‚Wegbereiter der Gotterkenntnis‘ gepriesen. Erich Ludendorff ist im Ersten Weltkrieg Generalfeldmarschall, 1923 putscht er in München erfolglos an der Seite Hitlers. Später entzweien sich die beiden Braunen: Beeinflußt vom religiös verbrämten Antisemitismus seiner Ehefrau glaubt der General, sogar Adolf Hitler als ‚Juden-Knecht‘ entlarvt zu haben. Der Diktator trägt ‚dem großen Feldherrn‘ den Zwist nicht nach. Als Ludendorff 1937 stirbt, ordnet er einen pompösen Staatsakt an.“

Bezeichnend für Modegeschichtsbetrachter ist es, daß auch Sachfragen falsch wiedergegeben werden. Erich Ludendorff war General und nicht Generalfeldmarschall. Als Hitler – nicht aus Freundlichkeit, sondern um den weltgeschichtlichen Namen General Ludendorffs für seine Politik zu „instrumentalisieren“, wie man heute oft sagt – Erich Ludendorff zum Feldmarschall ernennen wollte, lehnte Ludendorff ab, denn er stand auf dem Standpunkt: Zum Feldmarschall wird man ernannt, zum Feldherrn wird man durch eigene Leistung.

Ebenso wahrheitswidrig ist die Behauptung bezüglich des Staatsbegräbnisses, daß Hitler Ludendorff den „Zwist“ nicht nachtrug. Bis zum Tode Erich Ludendorffs wurde in Parteikreisen gehetzt und 1937 sogar noch ein gefälschter Brief, mit dem Erich Ludendorff Hochverrat unterlegt werden sollte, in Umlauf gebracht. Die Anordnung eines Staatsbegräbnisses, das den Angehörigen geradezu aufgezwungen wurde – eine Ablehnung hätte ein schärferes Vorgehen gegen die Mitkämpfer nach sich gezogen –, diente auch nur dazu den weltgeschichtlichen Namen Erich Ludendorffs für die eigenen Ziele zu nutzen.

Die größte Dreistigkeit ist aber zu behaupten, Ludendorff sei über den hitlerischen Antisemitismus noch hinausgegangen. Der hitlerische Antisemitismus hat kaum etwas mit der Abwehr der Machenschaften von jüdischen Glaubensmächten zu tun. Diese waren es, die den Nationalsozialismus finanzierten, um die Abwehr jahwehristischer Machenschaften in Feindschaft gegen die Juden als Volk zu verzerren. Das diente zwei Zielen. Einmal wurden die Juden an einer Assimilation in den Wirtsvölkern gehindert, die nach Alexander Ginsburg<sup>1)</sup>, mindestens so

---

1) Alexander Ginsburg war der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland. Zum Thema Völkervermischung heißt es gemäß *Hannoversche Allgemeine Zeitung* vom 17./18. November 1979:

schlimm wie Völkermord“ ist. Zum anderen befleckte dieser Antisemitismus den reinen Gedanken der Volkserhaltung mit Blut und leiste der falschen Gleichsetzung mit der Verachtung der Menschen anderer Völker, insbesondere des jüdischen, Vorschub.

Die Weserkurier Redakteurin fühlt sich aber auch noch berufen, über die Philosophie Mathilde Ludendorffs zu urteilen, wobei sie natürlich Fehlurteile fällt. Sie unterscheidet sich dabei nicht von all den Kritikern nationaler Gedanken, denn auch sie belegt Überzeugungen über den Sinn der Völker und der Wichtigkeit, diese reinzuerhalten, mit einem vorverurteilenden Bann, der jeden Willen, sich mit diesen Gedanken auseinanderzusetzen, bereits als Untat hinstellt. So liest man weiter:

„Wirre Verschwörungstheorien

Witwe Mathilde verfaßt bis zu ihrem Tode 1966 unverdrossen immer neue Schriften mit wirren antisemitischen und rassistischen Verschwörungstheorien. ‚Blutvermischung‘ zwischen ‚Licht- und Schattenrassen‘ führe zum ‚Volkstod‘, glaubt die ‚Schöpferin der Gotterkenntnis‘.“

Noch nicht einmal die Begriffe, die sie kritisieren will, schaut die Redakteurin genau an und spricht von „Schatten-“ statt von „Schachtrassen“. Außerdem ist es ein Zeichen für Unkenntnis bezüglich philosophischer Probleme, wenn man einzelne Begriffe, die ja nur Bilder zum Verdeutlichen seelischer Vorgänge und Gegebenheiten sind, aus dem Zusammenhang reißt und sie dann als Diffamierung einer Menschengruppe hinstellt. Solche verwirrende Verfälschung wird natürlich von den Mächten in böswilliger Absicht, also gezielt betrieben, die ihre Macht auf seelischer Versklavung der Massen gründen.

Obwohl sich der AV, entschieden vom BfG abgesetzt hat, lassen es sich die Hetzer nicht nehmen, auch Veranstaltungen des BfG im Rahmen der Ablehnung der Ahnenstätten gehässig zu kommentieren. So wird die aus rechtstaatlichen Gesichtspunkten mehr als fragwürdige Verbotsverfügung wieder als Beweis für die moralische Anrüchigkeit von Gemeinschaften angeführt, die überhaupt etwas mit dem Namen Ludendorff zu tun haben. Es heißt in dem Beitrag des *Weserkurier*: „1961 verbieten die Innenminister der Länder ihren (ist wohl „Mathilde Ludendorffs“ gemeint) Bund als verfassungsfeindlich, wegen Verfahrensfehlern heben bayerische Verwaltungsrichter das Verbot 1977 auf. (Das war doch 1976!, sonst wäre ja die heilige „15“ nicht gewahrt) So

---

Er wandte sich energisch „landauf, landab gegen die Vermischung der Kinder Israels mit Söhnen und Töchtern anderer Völker,“ mit der Schlußfolgerung: „Das ist mindestens so schlimm wie Völkermord.“

spinnen die Ludendorff-Anhänger ihr rassistisches Garn unbehellig weiter. Bis heute. Zu Ostern laden sie nach Dorfmark bei Fallingbostal ein. Über die multikulturelle Gesellschaft wollen sie dort diskutieren und sich später bei einem ‚Volkstumsabend‘ amüsieren.“

Wenn jemand wirklich meint, von einer anderen Geistesrichtung drohe Gefahr, sei es in Form von Gewalt oder Sittenzerstörung, dann sollte er streng sachlich Kritik üben. Wer es dagegen nötig hat sich über die Handlungsweisen und Bräuche anderer lustig zu machen, der beweist, daß ihn nicht Verantwortungsbewußtsein zur Kritik veranlaßte, sondern Glaubenshaß Unduldsamkeit und kleingeistige Gehässigkeit.

Einen besonderen Fußtritt bekommt der Ahnenstättenverein für seine Bereitschaft, dem Gemeinderat Rede und Antwort zu stehen (s. o.), dann noch durch folgenden Vorwurf: „Um aus den Schlagzeilen zu kommen, setzt der Gemeinderat einen Arbeitskreis ein. Doch letztlich bleibt alles beim Alten. In Hilligenloh kehrt wieder Ruhe ein. Und die Kommune weist weiter mit einem Schild auf die „Ahnenstätte“ als eine Sehenswürdigkeit hin.“ Mit diesen Worten wird zwar hauptsächlich die Kommune kritisiert, aber eine nicht genügende Ablehnung von etwas „Beanstandetem“ ist ja weniger schlimm, als der erneute Vorwurf gegen den Verein, etwas „Verabscheuungswürdiges“ nicht abgestellt zu haben. Dabei hat der Vereinsvorstand seinen Mitgliedern erzählt, nur dank seiner Kompromißbereitschaft den Gemeindeforderungen gegenüber habe man jetzt der Medienhetze die Grundlage entzogen.

Vielleicht hat sich ja herumgesprochen, daß das Amtsgericht Oldenburg es in das Belieben des Vorstands und der Mitgliedermehrheit gestellt hat, Menschen, die treu zu Ludendorff stehen und die Einmischungsversuche von Pastor und Gemeinde als grundgesetzwidrig ablehnen, zu entrecchten (s. o.). Da können die Feinde der Anschauungen des Hauses Ludendorff getrost erneut zum Angriff blasen.

Um den Angriff recht massiv zu gestalten, ist der genannte Beitrag umrahmt von weiteren Hetzartikeln: Z. B. „„Aufklären über Nazi-Wahnsinn““ und „Verdrehte braune Geschichten – An NS-Kultstätten im Bremer Umland schworen Nationalsozialisten die Niedersachsen auf ihre Ideologie ein“. Es wurde also ein Rundumschlag gegen alles gemacht, was irgendeine Verbindung zur Vergangenheit hat. Auf den Gedanken, zu überprüfen, was echtes Volkserbe und was Verzerrung durch zweifelhafte Ideologen ist, kommen die Kritiker wohl gar nicht. Wohin solche Pauschalablehnung führt sei an einer Zwischenüberschrift aufgezeigt: „„Karl der Große‘ wird zum ‚Sachsenschlächter‘.“ Ein fanatischer Herrscher, der 4500 Menschen wegen ihres Glaubens ab-

schlachten läßt, soll der Große genannt werden. Und das geschieht zu einer Zeit, in der die Vernichtung von Menschen in Auschwitz um ihrer Rasse willen zum einmaligen Verbrechen erhoben wird. Zweifellos waren die Ausmaße nicht vergleichbar, aber es ist trotzdem eine Unmöglichkeit, den Verantwortlichen für einen für die damaligen Zeit an Schrecklichkeit herausragenden Massenmord als den Großen zu preisen.

Polit-ideologische Geschichtsschreibung ist immer von Übel. Beurteilungsmaßstäbe werden verzerrt und unhaltbare Gleichsetzungen werden vorgenommen. Dem kann man nicht durch ein Zurückweichen vor polit-ideologischen Angriffen entgegentreten, sondern nur durch Einnehmen eines klaren Rechtsstandpunktes und durch Selbstvertrauen, daß der eigene Standpunkt mit moralischen Forderung vereinbar ist.